

**Friedhofsgebührensatzung  
für die Friedhöfe der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde  
Malente**

Auf Grundlage des § 26 (1) des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesens (Bestattungsgesetz) für Schleswig-Holstein und nach Abschnitt 2 Artikel 25 Absatz 3 Nummer 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) i.V. m. § 42 der Friedhofssatzung hat der Kirchengemeinderat der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Malente in seiner Sitzung am 25. Februar 2021 nachstehende Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

**§ 1**

**Allgemeines**

Für die Benutzung der Friedhöfe der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Malente und seiner Anlagen und Einrichtungen sowie für sonstige in §6 aufgeführte Leistungen des Friedhofsträgers werden Gebühren nach dieser Gebührensatzung erhoben.

**§ 2**

**Gebührensschuldner**

Zur Zahlung der Gebühren ist die antragstellende Person und die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder seine Anlagen und Einrichtungen benutzt werden. Sind mehrere Personen zahlungspflichtig, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldner.

**§ 3**

**Festsetzung und Fälligkeit der Gebühren**

(1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch schriftlichen Verwaltungsakt (Gebührenbescheid). Dieser wird der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner schriftlich bekannt gegeben.

(2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der jeweiligen Leistung. Werden erbrachte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

(3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann der Friedhofsträger Bestattungen und Leistungen verweigern.

(4) Gebührenbescheide, die formularmäßig oder mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, sind ohne Unterschrift oder Namenswiedergabe gültig. § 119 Absatz 3 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), die zuletzt durch Gesetz vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066) m. W. v. 18. Juli 2019 geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

(5) Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung, das heißt, die Verpflichtung zur Zahlung innerhalb der Fälligkeit nach Absatz 2 wird durch die Einlegung nicht aufgehoben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens- und Zustellungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 28. Oktober 2009 (ABl. EKD S. 334, 2010 S. 296) und der staatlichen Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17), die zuletzt durch Gesetz vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846, 854) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Gebühren werden als öffentlich-rechtliche Geldforderungen im Verwaltungszwangsverfahren begetrieben.

## **§ 4**

### **Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren**

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 Prozent des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch die Gebührenschuldnerin bzw. den Gebührenschuldner zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat die Vollstreckungsschuldnerin bzw. der Vollstreckungsschuldner zu tragen.

## **§ 5**

### **Verjährung der Gebühren**

Für die Festsetzungsverjährung der Gebühren gelten die §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung und für die Zahlungsverjährung der Gebühren die §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung entsprechend.

## **§ 6**

### **Gebührentarif**

(1) Folgende Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten (Grabnutzungsgebühren einschließlich Friedhofsunterhaltungsgebühren) werden erhoben:

- |   |               |
|---|---------------|
| 1. Reihengrabstelle   |               |
| a. für Särge in Rasenlage für 25 Jahre  | 1.300,00 Euro |
| b. für Urnen in Rasenlage für 20 Jahre  | 750,00 Euro   |
| 2. Wahlgrabstelle   |               |
| a. für Särge für 25 Jahre je Grabbreite   | 1.000,00 Euro |
| b. für Kinder für 15 Jahre je Grabbreite  | 600,00 Euro   |
| c. für Särge in Rasenlage für 25 Jahre je Grabbreite  | 1.450,00 Euro |
| 3. Urnenwahlgrabstelle  |               |
| a. für 20 Jahre je Grabbreite   | 400,00 Euro   |
| b. im Staudenbeet für 20 Jahre je Grabbreite  | 1.300,00 Euro |
| c. am Baum für 20 Jahre je Grabbreite   | 900,00 Euro   |
| d. in Rasenlage (Doppelgrab) für 20 Jahre   | 1.800,00 Euro |
| e. in Rasenlage für 20 Jahre je Grabbreite  | 900,00 Euro   |
| 4. Wahlgrabstelle auf Waldfriedhof  |               |
| a. für Särge für 25 Jahre je Grabbreite   | 1.750,00 Euro |
| b. für Urnen für 20 Jahre je Grabbreite   | 900,00 Euro   |
| 5. Wahlgrabstelle mit einem eingeschränkten Nutzungsrecht und Reservierungen<br>entsprechend der Gebühren wie unter Nummern 2-4 |               |

6. Wiedererwerb und Verlängerung von Nutzungsrechten
  - a. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung wird der Jahresbetrag der Gebühren unter Nummern 2 bis 6 und 9 berechnet.
  - b. Teile eines Jahres bis zu sechs Monaten bleiben ohne Berechnung.
  - c. Für Teile eines Jahres von mehr als sechs Monaten wird die volle Jahresgebühr erhoben.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechts wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

#### (2) Verwaltungsgebühren

1. Allgemeine Verwaltungsgebühr  
(für Umschreibung, Urkundenerstellung, etc.) 45,00 Euro
2. a) für die Genehmigung eines stehenden Grabmales einschl. der jährlichen Prüfung der Standsicherheit 90,00 Euro
- b) Kontrolle der Standsicherheit von stehenden Grabmalen bei Verlängerung pro Jahr/Grabmal 3,00 Euro
- c) für die Genehmigung eines liegenden Grabmals 45,00 Euro

#### (3) Gebühren für die Bestattung

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, Gruftschmuck, Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde

1. für eine Erdbestattung
  - a. Säрге bis 1,20 m 160,00 Euro
  - b. Säрге über 1,20 m 700,00 Euro
2. für eine Urnenbeisetzung 160,00 Euro

#### (4) Sonstige Gebühren

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer, je Sarg 70,00 Euro
2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle, je Trauerfeier 175,00 Euro

Hinweis: Für den kirchlichen Trauergottesdienst anlässlich des Todes eines Kirchenmitglieds der Ev. Kirche in Deutschland wird diese Benutzungsgebühr von der Kirchengemeinde getragen.

3. Gebühr für das Abräumen einer Grabstelle. Das Entsorgen eines Grabmals, eines Fundaments, einer Grabeinfassung oder sonstigen baulichen Anlagen und Anpflanzungen
  - a. bei Gräbern für Säрге 150,00 Euro
  - b. bei Gräbern für Urnen 50,00 Euro
  - c. eines Kissensteins 60,00 Euro
  - d. eines Grabmals aus Formsteinen mit Fundament 175,00 Euro
  - e. eines Grabmals aus Natursteinen mit Fundament bis 50 cm Höhe 250,00 Euro
  - f. eines Grabmals aus Natursteinen mit Fundament ab 50 cm Höhe 350,00 Euro
4. Vorzeitige begründete Rückgabe des Nutzungsrechts
  - a. Einmalige Grundgebühr für die Neuanlage der Rasensaat nach Aufwand
  - b. Pflegeaufwand und Pflegearbeit je Grabbreite je Jahr 25,00 Euro

(5) Gebühren für die Ausgrabungen

- |                                |              |
|--------------------------------|--------------|
| 1. die Ausgrabung einer Leiche | nach Aufwand |
| 2. die Ausgrabung einer Urne   | nach Aufwand |

**§ 7**

**Zusätzliche Leistungen**

Für besondere Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Friedhofsträger die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.

**§ 8**

**Schlussbestimmungen**

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird auf der Internetseite der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Malente unter [www.kirchengemeindemalente.de](http://www.kirchengemeindemalente.de) und dem entsprechenden Hinweis im Ostholsteiner Anzeiger mit Angabe der vorstehenden Internetadresse amtlich bekanntgegeben.

Die Friedhofsgebührensatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsgebührensatzung vom 10. Mai 2016 außer Kraft.

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird hiermit ausgefertigt. Sie wurde durch den Ev.-Luth. Kirchenkreis Ostholstein mit untenstehendem Datum kirchenaufsichtlich genehmigt.

Bad Malente, 26. Februar 2021

Ev.-Luth. Kirchengemeinde Malente  
Der Kirchengemeinderat

gez. Pastorin Bettina Grunert  
Vorsitzendes Mitglied

(L.S.)

gez. Hans-Joachim Storm  
Mitglied des Kirchengemeinderates

Vorstehende Friedhofsgebührensatzung wurde

vom Kirchengemeinderat beschlossen am: 25.02.2021

vom Kirchenkreis Ostholstein kirchenaufsichtlich genehmigt am: 04.03.2021

Dauerhaft für die Zeit der Gültigkeit öffentlich bereitgestellt

unter der Internetadresse [www.kirchengemeindemalente.de](http://www.kirchengemeindemalente.de)

Hinweis auf Internetbereitstellung Ostholsteiner Anzeiger am: 31.03.2021

Tritt in Kraft am: 01.04.2021